Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2012 Nr. 10 · 8. Jahrgang

Erneut großer Erfolg für Potsdam

Bürgergesellschaft verhinderte NPD-Marsch durch die Landeshauptstadt

Über 3.000 BürgerInnen blockierten am 15. September 2012 einen NPD-Aufmarsch in Potsdam. Die 81 NPDler wurden nach 5 Stunden (!) unverrichteter Dinge wieder nach Hause geleitet. Damit hat Potsdam erneut gezeigt, dass es eine weltoffene und tolerante Stadt ist, in der die Nazis nicht geduldet sind. Mit einem bunten, friedlichen und kreativen Protest haben die Bürgerinnen und Bürger erneut bewiesen, dass sie die menschenverachtende Ideologie und die dumpfen Parolen der Nazis ablehnen. Die Arbeit hört aber jetzt nicht auf. Damit Potsdam wirklich nazifrei wird, müssen wir mit offenen Augen durch die Stadt gehen, müssen täglich gegen Vorurteile ankämpfen, müssen alternative Projekte fördern und dürfen linke Projekte nicht verteufeln.



Der NPD ist es zum zweiten Mal innerhalb von 40 Tagen (siehe Seite 2) nicht gelungen, einen Marsch durch die Landeshauptstadt Potsdam zu veranstalten. Das ist der Verdienst von 3000 Potsdamerinnen und Potsdamer, die durch den Besuch des Toleranzfestes und ihre Teilnahme an vier Gegendemonstrationen deutlich gemacht haben, dass die Rechtsextremen keinen weiteren Fuß in Potsdam setzen können. Die NPD verharrte von 11 Uhr an am südlichen Ausgang des Hauptbahnhofes und musste ihr Vorhaben, durch die Landeshauptstadt zu laufen, um 15.44 Uhr aufgeben. Die Gegendemonstrationen auf der Langen Brücke, am Brauhausberg, auf der Heinrich-Mann-Allee und der Friedrich-Engels-Straße verhinderten, dass die NPD ihren Ankunftsort am Hauptbahnhof verlassen konnten. Das zeigt, dass die Zivilgesellschaft mit einem kraftvollen Auftritt solche Veranstaltungen verhindern kann.

(mehr Seite 11)



Neues Programm: Langzeitarbeitslose in Arbeit!

Die rot-rote Koalition hat nach dem Ausstieg der Bundesregierung aus der Finanzierung von öffentlicher Beschäftigung nach Wegen gesucht, um Landzeitarbeitslosen, über den in Brandenburg zunächst eröffneten Weg über den ÖBS eine Perspektive zu bieten. Der Arbeitsminister Baake wurde von den Koalitionspartnern gebeten, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Erste Ergebnisse liegen nun auf dem Tisch. So sollen Langzeitarbeitslose durch eine individuelle Betreuung bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Dazu wird es ein neues Förderprogramm im Umfang von 22 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) geben. Daraus können sogenannte Integrationsbegleiter finanziert werden, die Langzeitarbeitslose zielgerichtet und individuell unterstützen, passgenau in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermitteln und nach der Arbeitsaufnahme bis zu sechs Monate weiter betreuen sollen. Neben einer Kompetenzanalyse, geht es dabei um die Organisation von Betriebspraktika und auch um Hilfe bei Bewerbungen. Derzeit gibt es in Brandenburg etwa 52.000 Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind. Insgesamt sollen im Programmzeitraum bis März 2015 etwa 10.000 Langzeitarbeitslose erreicht und viele von ihnen in Arbeit gebracht werden. Die Förderung können die Kreisverwaltungen und kreisfreie Städte, an ihrer Stelle aber auch Arbeitsfördergesellschaften oder Bildungsträger, beantragen. Die Projekte erfolgen in enger Abstimmung mit den zuständigen Jobcentern, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auswählen. Es werden bis zu vier Begleiterinnen und Begleiter pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt gefördert.

Andreas Bernig, arbeitsmarktpolitischer Sprecher und Christian Görke, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag Brandenburg

(Mehr Infos: http://www.lasa-brandenburg.de/Integrationsbegleitung-fuer-Langzeitarbeitslose.1644.0.html)

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT

3 LINKE Bundestagstour mit Diana Golze und Dr. Kirsten Tackmann in Potsdam/ Leitbildkonferenz der LINKEN/ Vorschlag: Norbert Müller soll für die Bundestagswahlen 2013 kandidieren

SCHWERPUNKT BABELSBERG - ZENTRUM OST

6-8 Interviewt: Anneka Cooke, neu im Ortsvorstand/Forschungsreaktor Berlin-Wannsee abschalten/Fußballplatz „Nowawiese"/Nuthestraße



ZEITGESCHICHTE

10 Anita Tack zum 100. Geburtstag Erwin Strittmatters: „Nachdenken über den Lebensweg eines Menschen"

ANTIFA

11 „Potsdam bekennt Farbe" – ein voller Erfolg/ DIE LINKE: Keine nachträgliche Delegitimierung von Zivilcourage/Gedanken zum Weltfriedenstag

Informationen der Redaktion

Die Redaktionssitzung für unsere Ausgabe Monat November ist am Dienstag, 2. Oktober 2012, ab 16.30 Uhr, in der Geschäftsstelle der LINKEN in der Dortustraße 53 (Atrium).

Redaktionsschluss ist dann am Montag, 15. Oktober 2012.

Erscheinungstag der Novemberausgabe der „PaS“ ist am Dienstag, 30. Oktober 2012.

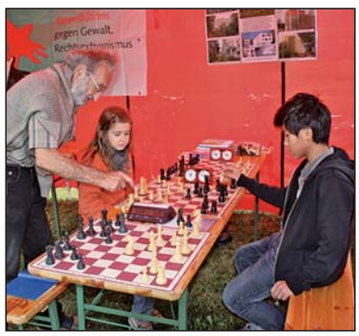
Inhaltlicher Schwerpunkt ist im November Potsdam-West/Ortsteile West.

DIE REDAKTION

NPD-Hetze kommt in Potsdam nicht an



Bereits am 10. August hatte die NPD auf dem Potsdamer Luisenplatz vergeblich gegen den Euro, gegen Hilfen für Griechenland und gegen Ausländer gehetzt. Es gelang den Nazis nicht, die angesichts der Finanzkrise in der Bevölkerung durchaus vorhandene Stimmung gegen den Euro auszunutzen. Denn einem Dutzend Neonazis mit Infomobil standen 200 Bürger gegenüber, die das Gerede des NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel mit Pfiffen übertönten. Passanten schenkten der Propaganda der Rechtsextremisten keine Beachtung.



Konzentriert verfolgt Ludwig das Spiel.

Ein Viel-Mehr-Macher, Hingucker und Motivator

Ehrenamtspreis 2012 für „Generationen verbindende Arbeiten“ an Ludwig Stern (Foto links)

Die Jury hat beschlossen, einen Mann zu ehren, der schon einmal – nämlich vor 5 Jahren – wegen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit geehrt wurde. Die Jury meinte: Das wird man kritisieren. Und die Jury meinte: Das wird man erklären müssen.

Es ist meine Aufgabe, Ihnen sieben Gründe zu nennen, warum man einen Menschen zum zweiten Mal ehrt.

Erster Grund: Der Mann ist ein Viel-mehr-Macher: Vor fünf Jahren haben wir ein einziges Projekt dieses Mannes geehrt, das er damals in der Kita Pfiffikus durchführte. Heute ist die Rede von vier Schulen, zwei Kitas und fünf Arbeitsgemeinschaften.

Zweiter Grund: Der Mann ist ein Hingucker. Das, was er tut, ist so auffällig ungewöhnlich, dass er 2012 gleich zweimal vorgeschlagen wurde. Von verschiedenen Menschen, die unseren Mann unabhängig voneinander wahrnehmen.

Dritter Grund: Der Mann ist überzeugend. Der diesjährigen Jury gehörten sieben Mitglieder an. Nur zwei von ihnen waren auch in der Jury 2007. Aber: 2007 wie 2012 erhielt unser Mann jeweils eine der höchsten Punktzahlen.

Vierter Grund: Der Mann ist ein Kraftpaket. Er ist mehr als 70 Jahre alt und scheint nicht müde zu werden, sondern immer aktiver und aktiver.

Fünfter Grund: Der Mann hat Ziele. Jungen Menschen will er Urteilsvermögen anerziehen, Problemlösungskompetenz und Fairness. Bedenkt man sein Alter, dann erscheinen solche Ziele überaus optimistisch, geradezu waghalsig.

Sechster Grund: Der Mann ist ein Motivator. Er führt seine Kinder zu Wettkämpfen und zu Turnieren, er macht sie zu Siegern. Der Mann ist davon überzeugt, dass er den Seinen damit einen Weg ins Leben ebnet. Er macht sie wettbewerbsfähig.

Siebenter Grund: Der Mann ist ein Leiser. Seine Kämpfer und Sieger laufen nicht, sie werfen nicht mit Dingen, boxen und treten nicht, sie ringen nicht und führen weder das Florett noch den Ball. Sie denken. Und unser Mann hat sie dazu ermutigt, hat sie dazu herausgefordert.

Für seine sportlich, pädagogisch wie fachlich vorbildliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, für die selbstlose engagierte Vermittlung der Regeln, Prinzipien und Strategien des Schachspiels, für die Weitergabe von Wissen, von Fähigkeiten und Erfahrungen über die Grenzen der Generationen hinweg – danken und ehren wir einen Leisen, einen Viel-mehr-Macher, einen Motivator, ein Kraftpaket, einen Hingucker - danken und ehren wir Ludwig Stern.

Aus der Laudatio von Carsten Hagenau, Geschäftsführer der PROJEKTKOMMUNIKATION Hagenau GmbH und Sprecher des Arbeitskreises Stadtspuren.´

Baby Sorglos:

Ein soziales Projekt lernt laufen – mit Eurer Hilfe!

Baby-Kleidung ist extrem teuer. Dazu muss man sie auch ständig teuer nachkaufen. Man weiß außerdem oft nicht so genau, was für Schadstoffe im Stoff zu finden sind.

Wir haben allerdings eine Idee, um diese und andere Alltagsprobleme zu lösen. Dafür starten wir ein soziales, nicht profit-orientiertes Unternehmen, das auf strengste Qualitätskontrollen achtet und alle Preisvorteile direkt an die Eltern weitergibt. So können wir es schaffen, dass jeder bei Baby-Kleidung bis zu 90% spart, ohne auf die allerbeste Qualität und Gesundheitsverträglichkeit verzichten zu müssen.

Damit unser „Baby“ laufen lernt, brauchen wir jedoch unbedingt Eure Anschub-Hilfe. Seid ihr neugierig geworden? Dann schaut doch mal vorbei unter www.baby-sorglos.de oder schreibt eine eMail an daniel.foerster@baby-sorglos.de.

Daniel Förster (DIE LINKE. Havelland) für das Baby-Sorglos-Team

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, FFh (S. 1), 11 BS (S. 7)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

LINKE Bundestagsabgeordnete „on tour“ in Potsdam

Diana Golze und Dr. Kirsten Tackmann informierten sich zu kommunalen, gewerkschaftlichen und jugendpolitischen Fragen

Einer guten Tradition folgend waren im August die brandenburgischen Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Diana Golze und Dr. Kirsten Tackmann, in der Landeshauptstadt unterwegs. „Es ist wichtig, die Sicht der Kommunen aufzunehmen“, betonte Diana Golze. „Ihr Wissen und ihre Erfahrungen finden auf der Bundesebene zu wenig Gehör.“ In einem Gespräch mit der Beigeordneten für Soziales, Gesundheit, Jugend, Umwelt, Elona Müller-Preinesberger standen daher die Themen rund um das Betreuungsgeld, die Kita-Betreuung sowie das so genannte Bildungs- und Teilhabepaket auf dem Tapet. Potsdam habe mit den Gesetzen, die der Bund dem Land auferlegt, seine Schwierigkeiten, so die Beigeordnete. Größte Probleme werfe das Bildungs- und Teilhabepaket auf, mit dem Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen unterstützt werden sollen. Die bürokratischen Hürden seien zu hoch. „Dass man für jede Leistung alle halbe Jahre einen Antrag stellen muss, schreckt ab und produziert einen Moloch. Dieses Geld wäre bei den Familien besser aufgehoben“, so die Beigeordnete.



Problematisch sei auch vor allem das Thema Lernförderung. Derzeit nehmen in ganz Potsdam nur acht Kinder die Lernförderung in Anspruch.

In weiteren Gesprächen ging es mit ver.di u. a. um gewerkschaftspolitische Forderungen im Kampf um Mindestlöhne. Und im FreiLand-Objekt (Foto) sprachen die Abgeordneten mit Jugendlichen und Vertretern des Stadtjugendringes zu den Themen Mitbestimmung und Wahlrecht mit 16 in Brandenburg.

Brandenburg Konferenz 2020+

„Wie wollen wir leben?“

Brandenburg verändert sich. In vielen Landkreisen der Mark gibt es weiterhin zu wenig Nachwuchs und gleichzeitig Abwanderung. Dem gegenüber ist in den berlinnahen Regionen ein stetiges Bevölkerungswachstum zu verzeichnen – wir erleben ein Brandenburg der zwei Geschwindigkeiten. Das bedeutet auch eine besondere Aufgabe für die Politik.

Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen in den nächsten Jahren? Welche Steuerungsmöglichkeiten hat die Landespolitik und welche die Kommunen? Welche Rahmenbedingungen brauchen wir auf Landesebene, um auch künftig gleichwertige Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden zu sichern? Wie wollen wir Brandenburg verändern?

Rund neunzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten sich auf der Leitbildkonferenz der LINKEN Brandenburg einen Tag lang daran, darauf Antworten zu finden. Wissenschaftler, Kommunal- und Landespolitiker sowie politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Brandenburg trafen sich dazu im Dorfgemeinschaftshaus in der Gemeinde Diepensee bei Königs Wusterhausen. Es hat sich gelohnt, es wurden neue Aspekte angerissen, Fragen gestellt und interessante Erkenntnisse gefunden. Jetzt gilt es, die Diskussion über das Leitbild fortzuführen, zog der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Stefan Ludwig, nach der Veranstaltung eine erste Bilanz der Konferenz. Eröffnet wurde die Tagung durch ein Impulsreferat des Stadtforschers Dr. Wolfram Wallraf, fand ihre Fortsetzung in einer Analyse der Landesentwicklung von Stefan Ludwig und schließlich in drei lebendigen Workshops – neue Formen der öffentlichen Daseinsvorsorge, sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft und Innovative Wirtschaft – Erfülltes Arbeitsleben – Gerechte Verteilung – mit überraschenden Ansätzen.

DIE LINKE setzt sich weiterhin für starke Städte, Gemeinden und Landkreise ein. Dabei geht es nicht vordergründig um Vorgabe von Mindesteinwohnerzahlen, sondern um Berücksichtigung regionaler Unterschiede bei gleichzeitiger Sicherung einer Mindestkraft bei Steuereinnahmen und Zahlen von Verwaltungsvorgängen. Übergroße Territorien für kommunale Verwaltungen müssen ausgeschlossen werden. Verwaltungseinheiten müssen überschaubar, erreichbar, gestaltbar und erfahrbar bleiben. Unsere Demokratie lebt vom Ehrenamt und der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wir wollen die Dezentralisierung von Entscheidungen, auch daher werden wir Vorschläge zur Durchführung einer Funktionalreform machen. Dies dient zur Entstaatlichung der Entscheidungsfindung und Erhöhung der Mitbestimmung vor Ort. Wir schlagen die Einführung der Verbandsgemeinde in Brandenburg vor. Gegebenenfalls brauchen wir einen Neuzuschnitt einiger Landkreise, um die Mindestkraft für den einzelnen Landkreis zu sichern. Gleichzeitig müssen wir Modelle entwickeln zum Umgang mit und Tilgung von bisher entstandenen Schulden der Kommunen. Wir wollen kein einheitliches Modell für Kommunalverwaltungen im Land vorschreiben, Unterschiede der Regionalen Entwicklung müssen abgebildet werden können. Verwaltungen müssen Interessenlagen, Kommunikation und Lebensperspektiven aller Generationen berücksichtigen, unabhängig davon, welche Generation konkret welchen Bevölkerungsanteil in der Region stellt.

Diskutieren Sie mit uns auf: http://www.facebook.com/LeitbilddebatteBrandenburg2020

Sascha Krämer

Vorschlag:

Norbert Müller kandidiert für DIE LINKE im WK 61

Die Kreisvorstände der LINKEN in Potsdam, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming haben Norbert Müller, den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Brandenburger LINKEN, als Direktkandidaten im Bundestags-Wahlkreis 61 vorgeschlagen. Nominiert werden soll er in einer Gesamtmitgliederversammlung des Wahlkreises am 15.12. 2012 in Potsdam.

Die letzten drei Bundesregierungen haben dafür gesorgt, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland weiter geöffnet hat. Während Hartz IV-Empfängern das Elterngeld gestrichen wird und die Finanzierung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz in den Sternen steht, Bildungskosten auf Länder und Kommunen abgewälzt werden, wird ein Betreuungsgeld eingeführt, dass nur reichen Familien nützt und



Banken und Spekulanten werden mit Milliarden subventioniert. Andrea Wicklein (SPD) und Katherina Reiche (CDU) waren sich nicht zu schade, für diese Politik im Bundestag die Hand zu heben. Deswegen tritt Norbert Müller, selbst Studierender und junger Familienvater, für DIE LINKE an, um denen eine Stimme zu geben, die ihre Steuern lieber für Bildung, Kinder und Familien statt für Bankenrettungen und Steuergeschenke an Großunternehmen ausgeben würden.

„Die nächsten Jahre werden weitere Herausforderungen mit sich bringen, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger bewältigt werden müssen. Deshalb sage ich: Ja, ich trete an – auch als Korrektur zur Politik von CDU und SPD“, so Norbert Müller.

Sascha Krämer, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam
Kornelia Wehlan, Kreisvorsitzende DIE LINKE.Teltow-Fläming
Dr. Wolfgang Erlebach, Kreisvorsitzender DIE LINKE.Potsdam-Mittelmark

Schloss „Cecilienhof“ fertig gebaut

Oktober 1917

Kaiser Wilhelm II. ordnete 1912 an, Mittel für den Bau eines neuen Palais im Neuen Garten zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium des Hauses Hohenzollern schloss mit den Saalecker Werkstätten einen Vertrag ab, in dem die Bausumme auf 1.498.000 Mark und die Fertigstellung auf den 1. Oktober 1915 festgelegt wurde. Im Mai 1913 legte Kronprinz Wilhelm den Grundstein für seine neue Residenz.

Da die Bauarbeiten nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs kurzfristig gestoppt wurden, verzögerte sich der geplante Termin der Fertigstellung. Erst im August 1917 bezog Kronprinzessin Cecilie – die nicht nur Namensgeberin dieser Anlage, sondern auch der Siedlung „Ceciliengärten“ in Berlin-Schöneberg war – ihre bereits fertig gestellten Räume, in denen sie im September ihr sechstes Kind, Prinzessin Cecilie, zur Welt brachte. Am 1. Oktober 1917 war dann der Schlossneubau endgültig beendet.



Gleiche Rechte für alle

Oktober 1952

Auf der 27. Vollsitzung der Volkskammer der DDR am 2. Oktober 1952 wird das „Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei“ beschlossen. Im Paragraph 1 heißt es: „Die im ‚Gesetz über den Erlass von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht’ vom 11. November 1949 (Gbl., S. 59) festgelegten Einschränkungen der Rechte für frühere Offiziere der faschistischen Wehrmacht und für ehemalige Mitglieder der NSDAP oder deren Gliederungen werden aufgehoben. Diesen Personen werden die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte gewährt wie allen anderen deutschen Staatsbürgern.“ („Märkische Volksstimme“, 03. 10. 1952).

Der Potsdamer Albrecht Hüppe, ehemaliger Luftwaffenkommandeur, äußert sich dazu: „Diese Maßnahme ist ein Akt des Vertrauens. Ich habe die staatsbürgerlichen Beschränkungen, die uns nach 1945 auferlegt wurden, als voll berechtigt anerkannt. Sie waren notwendig, um zu vermeiden, dass sich eine Entwicklung wie nach 1918 wiederholt. Aus dieser Erkenntnis habe ich fröhlich beim Wiederaufbau mitgeholfen und begrüße daher jetzt mit umso größerer Dankbarkeit die endgültige Aufhebung aller Bestimmungen.“ (MV, 02. 10. 1952)

Potsdamer Pionierhaus beginnt zu arbeiten

Oktober 1952



Am 7. Oktober 1952 nahmen 500 Pioniere aus dem Bezirk Potsdam an der Veranstaltung zur Arbeitsaufnahme des Pionierhauses im Neuen Garten in Potsdam teil; es werden 1.500 Pioniere in den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften arbeiten.

Die Grundsteinlegung für den Potsdamer Pionierpalast hatte am 1. Juni 1950 stattgefunden. Anwesend war auch der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Rudolf Jahn. Der Volksbildungsminister des Landes, Fritz Rücker, hob in einer kurzen Ansprache hervor: „Was die deutsche Jugend in Berlin (Weltfestspiele, d. Red.) bewiesen hat, dass sie eines solchen Baues, wie es der Pionierpalast werden soll, würdig ist. Es gibt nur noch einen größeren Tag als den des Deutschlandtreffens in Berlin, und zwar ist dies der Tag, an dem ganz Deutschland in Berlin seine Einheit feiert...“ (MV, 02. 06. 1950)

Geldumtausch kontra Schieber

Oktober 1957

Am 13. Oktober 1957 trat eine „Verordnung über die Ausgabe neuer Banknoten und die Außerkraftsetzung bisheriger Banknoten der Deutschen Notenbank“ in Kraft. In der Presse erscheinen zahlreiche (positive) Meinungen zum Geldumtausch; u.a. diese: „Erfreulich, dass nun endlich den Schiebern und Spekulanten in West-Berlin wie bei uns in der DDR, die sonst unser Geld für schmutzige Geschäfte gebrauchen, das Handwerk gelegt ist. Trotzdem sollte ein jeder dafür sorgen, dass kein Geld mehr den Geschäftemachern im Westen in die Hände fällt. Günter Albrecht, Bäcker“ (MV, 15. 10. 1957).

Am 18. Oktober 1957 beschlagnahmten „Kontrollorgane“ am S-Bahnhof Griebnitzsee Waren und Geldbeträge im Wert von 3.000,- DM.

-rt

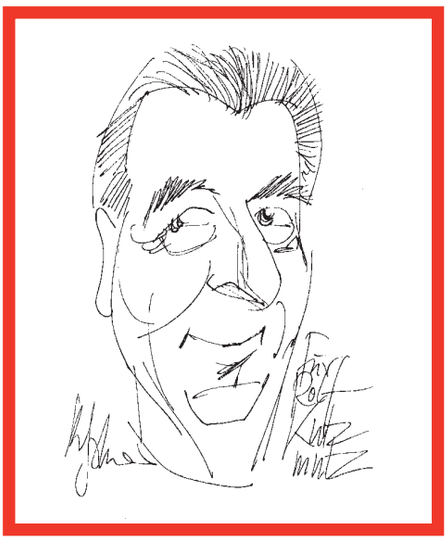
Premiere „Die Fahne von Kriwoj Rog“

Oktober 1967

Am 25. Oktober 1967 hat der Film „Die Fahne von Kriwoj Rog“ Premiere – eine anlässlich des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution entstandene DEFA-Produktion unter der Regie von Kurt Maetzig, der sich zwei Jahre nach dem verbotenen „Das Kaninchen bin ich“ wieder genehmeren Stoffen widmete. Die Verfilmung des gleichnamigen Romans von Otto Gotsche, der auf historischen Ereignissen beruht, ist vor allem an der Entwicklung der Figuren interessiert, wobei der große DDR-Schauspieler Erwin Geschonneck als unbeugsamer Otto Brosowski begeistert. Der Inhalt: Anlässlich der feierlichen Zusammenkunft von deutschen und sowjetischen Bergarbeitern 1929 in Gerbstedt im Mansfelder Kupferrevier bekommen die Einheimischen als Geschenk die Fahne von Kriwoj Rog überreicht. Das Zeichen der Solidarität wird nach der Machtergreifung der Faschisten zum Symbol des kommunistischen Widerstandes, zu dessen Auslieferung an die Nazis die Bergleute, allen voran der alte Otto Brosowski, nicht zu bewegen sind.

Immer am Ball

Zum 65. Geburtstag von Rolf Kutzmutz



Wer hätte das gedacht, sportbegeistert, immer unterwegs in Potsdam und kommunal aktiv: Unser Rolf ist am 1. September 65 Jahre geworden. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute und viel Gesundheit !!!

Er ist und bleibt am Ball - na klar (!) - für Turbine Potsdam und für die LINKE in der Stadtverordnetenversammlung.

Er könnte jetzt singen: Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an.... Aber die vergangen Jahre waren reich an Arbeit, Stress und vor allem Einsatz für die Partei, die jetzt DIE LINKE heißt. Einige erinnern sich sicher noch an die Sonderparteitage 1989/90, in denen Rolf eine wichtige Rolle spielte. Wenige Jahre später, im Jahr 1993 war es ihm gelungen, für die damalige PDS zu den Oberbürgermeisterwahlen eine Schallmauer zu durchbrechen, die bundesweit Schlagzeilen machte. Im ersten Wahlgang errang er in der Landeshauptstadt die meisten Stimmen und ging dann mit dem damaligen Amtsinhaber Horst Gramlich (SPD) in die Stichwahl. Auf damit verbundene persönliche Angriffe reagierte er stets gefasst und konzentriert- auch einer seiner Vorzüge, die ihn bei Bürgerinnen und Bürgern mit seinem freundlichen und verbindlichen Umgang so beliebt gemacht haben. Das waren für unsere Partei die ersten Erfolge, die nach schwierigen Jahren nach 1990 direkt mit seiner Persönlichkeit verknüpft waren.

Es folgten die Jahre im Bundestag und im Parteivorstand als Geschäftsführer sowie später seine Arbeit als Leiter der Geschäftsstelle der LINKEN im Landtag. Seit 1990 ist er Stadtverordneter und war der erste Fraktionsvorsitzende der PDS im Potsdamer Stadtparlament. Es gibt nur wenige Kommunalvertreter, die von sich sagen können, ich bin von Anfang an dabei. Seine ihm eigene Bescheidenheit würde es ihm allerdings verbieten, selbst darauf zu verweisen. Und immer wieder hatte er mit dem Thema Bauen in Potsdam zu tun und engagiert sich kontinuierlich im Bauausschuss als dessen Vorsitzender. Starke Leistung – vielen Dank!

Im Sport heißt es: Der Ball ist rund. Also dann, lieber Rolf... *Karin Schröter*

„Wir sollten keinen vergessen!“

„Welche Vorschläge hat die Stadtverwaltung zum weiteren Umgang mit dem Gedenken an die ‚Trümmerfrauen‘“, fragte DIE LINKE-Stadtverordnete Dr. Karin Schröter in der SVV-Tagung am 19. September 2012. Zur Hintergrundinformation veröffentlichen wir Auszüge aus einem Brief an die Stadtverwaltung/Stadtverordneten.

„Sicherlich spielt auch hier der Zeitgeist, wie anderenorts in Parks oder dem ganzen Stadtgebiet von Potsdam zu sehen, eine Rolle, wenn ich das hier zwischen Hecken versteckte und arg vernachlässigt stehende Bronzedenkmal der „Trümmerfrau“ in der Nachbarschaft ansehe.

Wäre es nicht eine angemessene Würdigung, wenn dieses Denkmal (auch gern mit einer ergänzenden weiteren Plastik) an einer exponierten Stelle, wie zum Beispiel direkt auf dem Rasen des ehemaligen „Blücherplatzes“, nahe der Havel seine endgültigen Platz findet? Wäre nicht die unmittelbarer Nähe zum Potsdam-Museum, zum zukünftig neu gestalteten Havelufer im Bereich der Langen Brücke, dem Landtag und den gleichfalls zum Teil auch aus Trümmern errichteten, nun modern rekonstruierten Häusern entlang der Havel, eine gute Stelle für eine beharrlich gegen Krieg und Zerstörung mahnende Figur?

Wir legen Kränze, Blumen und Kartoffeln an Königsgräbern nieder. Wo gedenken wir der vielen Menschen, die nach 1945 aus Not, aus Repressionen oder auch aus eigenem Aufbauwillen für ihre Kinder, ihre eigene Gesundheit für unsere Stadt opferten und tatkräftig selber anpackten? Wollen wir das nicht auch unseren Enkeln und vielen jungen Besuchern der Stadt vermitteln? Die Umsetzung eines bereits verabschiedeten Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung für ein derartiges Denkmal steht aus und würde in der Umsetzung somit seinen gewünschten erfolgreichen Abschluss finden.

Gerade in dem Haus, wo ich mit meiner Familie wohne, leben noch viele dieser Menschen. Sie werden in feierlichen Reden vergessen. Damals haben sie mit ihren eigenen Händen und lange nach dem gegenwärtig allseits gewürdigten Friedrich II. unsere Stadt nach dem letzten Weltkrieg mit aufgebaut.

Wir sollten keinen vergessen!“

Rüdiger Hinze, Burgstraße



Probleme der Stadt aufgegriffen

Für die Stadtverordnetenversammlung am 19.09.2012 hatte die Fraktion 10 Anträge eingereicht und damit aktuelle Probleme der Stadtpolitik aufgegriffen. Hier einige Auszüge:

Uferweg an der Alten Fahrt:

Einem Hinweis nachgehend soll dafür Sorge getragen werden, dass der Uferweg auch während der bevorstehenden Bauarbeiten, z. B. für das Palais Barberini, für alle gefahrlos passierbar bleibt. Das ist vor allem für Menschen mit Gehbehinderung, aber auch für Fußgänger und Radfahrer wichtig. Im November 2012 soll der OB informieren, wie dieser Auftrag umgesetzt wurde.

Verband Kommunaler Krankenhäuser:

Nachdem es in Potsdam gelungen ist, das Klinikum „Ernst von Bergmann“ vor der Privatisierung zu retten, gilt es nun, die Vorteile eines kommunalen Krankenhauses gegenüber Privatkliniken voll zum Tragen zu bringen. Da alle städtischen Krankenhäuser im Land vor dieser Aufgabe stehen, soll eine stabile Form der Zusammenarbeit, z. B. in einem Verband, gefunden werden. Im November 2012 werden der SVV die ersten Ergebnisse dazu vorgestellt.

Mögliche Zuordnung von Seen (des Fahrlander Sees):

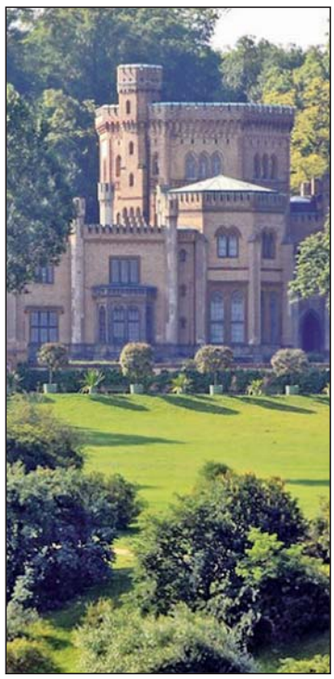
Das Land Brandenburg hat vom Bund Seen erworben, so auch den Fahrlander See. Eine Option besteht daran, die Seen den jeweiligen Kommunen zuzuordnen. Darauf soll sich die Stadt vorbereiten und bis November 2012 darlegen, welche Auswirkungen die Zuordnung des Fahrlander Sees zu Potsdam haben würde bzw. welche Alternativen in Überlegung sind. Klarheit in dieser Sache zu bringen, ist auch wichtig für die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, dass der Fahrlander See weiter öffentlich zugängig bleibt bzw. wieder wird.

Neubau eines Feuerwehr-Gerätehauses in Marquardt:

Marquardts Feuerwehr braucht dringend ein neues Gerätehaus. Bis 2015 stehen jedoch keine Investitionsmittel zur Verfügung. Nun hat sich ein Privatmann bereit erklärt, zu investieren. Er will nicht nur den Neubau vorfinanzieren, sondern der Stadt auch ein Austauschgrundstück für einen neuen Feuerwehr-Standort anbieten. So kann der jetzige Standort perspektivisch für eine ebenfalls privat finanzierte Wohnbebauung genutzt werden. Nun ist es an der Verwaltung, sehr schnell die Voraussetzungen für diesen Neubau über ein ppp-Projekt, also über Mietkauf, und für Wohnbebauung zu schaffen.

Schloss Babelsberg bleibt vier Jahre dicht

Rissige Mauern und überwucherte Brunnen prägen das Bild von Schloss Babelsberg. Doch jetzt wird die Lieblingsresidenz von Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) saniert, im Frühjahr 2013 beginnen die Restaurierungen der Backstein-Fassade, der Dächer und Terrassen. Kosten: 9,7 Millionen Euro aus dem sogenannten Masterplan.



Schon seit 2011 ist der Prachtbau mit dem achteckigen Tanzsaal geschlossen. Selbst davor waren aufgrund der Schäden nur wenige der 99 Räume zugänglich. Bis 2016 dauert die Sanierung des Schlosses, ebenso die der Wasserspiele, was noch einmal 3,7 Millionen Euro kostet. Die Innenräume müssten auch restauriert werden, so Hartmut Dorgerloh. Also geht der Dornröschenschlaf weiter. Der Schlösser-Chef: „Babelsberg ist ein noch nicht wach geküsstes Juwel."

Wahlversammlung in Babelsberg/Zentrum-Ost

Der Ortsverband Babelsberg/Zentrum Ost hatte zum 22. September 2012 seine Mitglieder zu einer Vollversammlung eingeladen, um turnusgemäß einen neuen Vorstand zu wählen. Außerdem stand die Wahl der Delegierten zum Kreisparteitag auf der Tagesordnung. Die Veranstaltung eröffnete der Vorsitzende Stephan Worseck. Danach wurden die Versammlungsleitung und Wahlkommission bestimmt. Als die Formalien geregelt waren, erhielt Norbert Müller die Möglichkeit, sich als Direktkandidat der PARTEI DIE LINKE für den Bundestag im WK 61 vorzustellen. In seiner Rede sprach Norbert davon, DIE LINKE wieder zu stärken. Weiter kritisierte er die Renten-, Energie- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Anschließend gab Stephan Worseck einen Bericht zur Situation im Ortsverband und reichte dann das Mikrofon an die Stadtverordneten Birgit Müller und Klaus-Uwe Gunold weiter, die über die Arbeit der Stadtfraktion berichteten. Vor dem Einholen der Wahlvorschläge kam es noch zu einer konstruktiven Diskussion über Art und Weise der Zusammenarbeit im Ortsverband. Fast noch im Zeitplan, bekamen die Kandidaten dann die Möglichkeit sich vorzustellen und anschließend wurde gewählt. Dabei wurde einstimmig Stephan Worseck zum Vorsitzenden wiedergewählt. Der Vorstand setzt sich jetzt des Weiteren aus den Genossinnen Anne-Karin Cooke, Maria Strauß und den Genossen Bernd Giewolies und Michél Berlin zusammen.

Michél Berlin
OV Babelsberg/Zentrum Ost



Eine Prise Protest schadet nicht

Vorgestellt: Anne-Karin Cooke, neu gewähltes Mitglied im Ortsvorstand Babelsberg/Zentrum Ost



Hallo Anne-Karin, Du studierst an der Uni Potsdam Geoökologie, bist im Frühjahr in die LINKE eingetreten und wirst nun im Vorstand des Ortsverbandes Babelsberg / Zentrum Ost mitarbeiten. Welche Themen liegen Dir am Herzen?

Hinter uns liegt ein Sommer der Klima- und Energiecamps – im Rheinland, in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg. Mitte August war ich auf dem Lausitzer Klimacamp. Ein vielfältiges, buntes Camp an engagierten Menschen, die mit zahlreichen spannenden Workshops, Aktionen und Vernetzungsarbeit sich selbst und einander weitergebildet und nach außen hin ein Zeichen gesetzt haben. Der Protest ist bunt und vielfältig, könnte jedoch deutlich stärker und zahlreicher sein. Mit Demos zum drittschmutzigsten Kohlekraftwerk Europas, Flashmobs, Theater, veganer Volksküche, Diskussion, Austausch und Workshops hat das Klimacamp an Kreativität und Durchhaltevermögen nichts zu wünschen übrig gelassen. Dennoch ist es nicht leicht mit dem Rückhalt in der Region – die Lausitz ist nun mal keine Wendland – und Vattenfall scheint nach wie vor die Zügel in der Hand zu haben. So lange Großkonzerne jedoch die Macht über die Energieversorgung innehaben und die Erzeugung und Verteilung von Energie nicht vorwiegend der sicheren und vor allem nachhaltigen Versorgung von Menschen, sondern auch in einem perversen Maße der Profitmaximierung dienen, wird sich nicht schnell genug etwas ändern können.

Was hältst Du von der „Green Economy"? Kann der „Markt" in dieser Frage noch regulierenden Einfluss haben?

Das Problem hängt auch mit Glauben an das ewige Wachstum zusammen. Zum einen – wie schon seit mindestens 40 Jahren bekannt – dass unser Planet begrenzt ist. Unser gesamtes Leben und Wirtschaften spielt sich einzig allein auf der dünnen Oberfläche unseres kleinen Planeten ab. Gleichzeitig halte ich so genanntes „Grünes Wachstum", das als „Green Economy" gehypete Konzept nicht für zielführend. Es soll ein ökologisch verträgliches Wirtschaftswachstum durch zunehmende technische Effizienz, unter dem Diktat des Marktes solle sich durch gezielt gesetzte Anreize eine Win-Win-Win-Situation einstellen. Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, blühende Märkte. Ein schöner Traum. Aber auf diesem Wege nicht zu haben.

Was willst Du als junger Mensch bewegen?

Ich glaube nicht daran, dass ein lediglich grün angestrichener und ansonsten unangefochtener Kapitalismus, die sozialen globalen Ungerechtigkeiten lösen kann. Ganz im Gegenteil, da nach wie vor Raubbau an Natur und Mensch stattfindet, sich Konflikte nur noch mehr zuspitzen, wenn wir nicht eine Kehrtwende umsetzen. Ich bin 21 Jahre alt, studiere Geoökologie an der Universität Potsdam und wohne derzeit im Zentrum Ost. Seit Anfang des Jahres bin ich Parteimitglied und bewerbe mich nun für den Ortsvorstand Babelsberg/Zentrum Ost. Die Themen, die mich interessieren, laufen auf verschiedenen Skalen ab, von globalen Zusammenhängen, bis dahin, was sich selbst aktiv vor Ort, hier in Babelsberg, verwirklichen lässt. Ich möchte daran arbeiten, diese Themen vermehrt in die Partei zu tragen, denn es gibt noch viele Baustellen, wo die Vision einer sozial-ökologischen Transformation unserer Gesellschaft, noch konkreterer Maßnahmen und Ideen bedarf. Veränderung im Großen wie im Kleinen sind unabdingbar und wirken aufeinander. Und eine Prise Protest schadet dabei nicht.

(Das Gespräch führte Dr. Stephan Worseck)

Deutschlands gefährlichster Atomreaktor

Der Ortsverband Babelsberg / Zentrum Ost der LINKEN engagiert sich in dem Anti-Atom-Bündnis Berlin und Potsdam, da es im Katastrophenfall am Wannsee-Reaktor zu großflächigen Evakuierungen und letztendlich zu Umsiedlungen von ca. 10.000 Menschen in Berlin und Brandenburg kommen kann. Nachfolgend eine gekürzte Einschätzung des Anti-Atom-Bündnis Berlin und Potsdam zum Bericht der Reaktorsicherheitskommission (RSK) zur Sicherheitsüberprüfung der drei noch verbliebenen sogenannten Forschungsreaktoren in Deutschland (Juni 2012). Das Ergebnis ist für die Berliner Bevölkerung alarmierend. Doch der Berliner Senat und die Verwaltung glänzen durch Untätigkeit.

Schneidet der Bayrische Reaktor hinsichtlich seiner Robustheit und der getroffenen Vorsorgemaßnahmen vergleichsweise gut ab, ist Berlin das absolute Schlusslicht. Der Forschungsreaktor in Mainz wird ebenfalls sehr schlecht bewertet, erfüllt aber in allen Punkten der Sicherheitsüberprüfung wenigstens die Mindeststandards. Wir haben also nicht nur keinen funktionsfähigen Großflughafen, keine funktionierende S-Bahn sondern auch mit deutlichem Abstand den gefährlichsten Atomreaktor der Bundesrepublik Deutschland in unserem Stadtgebiet.

Bisher wurde bei allen Sicherheitsbetrachtungen eine Kernschmelze z.B. infolge eines Flugzeugabsturzes wegen der geringen Wahrscheinlichkeit nahezu ausgeschlossen. Damit räumt nun die RSK erstmals gehörig auf: „Für die Bewertung durch die RSK sind die Absturzhäufigkeiten und die darauf aufbauende Risikobetrachtung nur von begrenzter Bedeutung, da in die Robustheitsprüfung auch nicht unfallbedingte Einwirkungen durch Flugzeugabsturz einbezogen werden, für die derzeit keine probabilistische Bewertungsbasis vorliegt." „ Für die Bewertung solcher Einwirkungen sind die vorliegenden Ergebnisse der Untersuchungen zu den radiologischen Auswirkungen von Bedeutung. Dabei wurden die maximalen Folgen eines Flugzeugabsturzes untersucht."

Die RSK sagt es ganz deutlich: Es kommt nicht auf die Wahrscheinlichkeit eines Absturzes an, sondern auf die dann möglichen Folgen!



„Freisetzungen aus einer Kernschmelze im trocken gefallenen Reaktorbecken führen zu Auswirkungen, bei denen die Eingreifrichtwerte für die vorübergehenden Katastrophenschutzmaßnahmen deutlich überschritten werden und auch die Eingreifrichtwerte für weitere Katastrophenschutzmaßnahmen (Evakuierung /Eingreifwert 100 mSv/, Einnahme von Jodtabletten auch für Erwachsene /Eingreifwert 250 mSv/) überschritten werden." „Da infolge eines Flugzeugabsturzes ein Kernschmelzen ohne Wasserüberdeckung mit erheblichen radiologischen Auswirkungen nicht ausgeschlossen werden kann, ist keiner der ... definierten Schutzgrade erfüllbar."

Im Klartext: Selbst wenn der Betreiber es wollte, könnte er durch keine (durchführbare) Maßnahme diese Sicherheit herstellen! Aus diesem Grund fordert das Anti-Atom-Bündniss Berlin und Potsdam, den Reaktor sofort still zu legen.

Ein einigermaßen sicherer Reaktor wie der in Garching würde Nachrüstungen in einer Höhe von mehreren hundert Millionen erfordern. Doch davor schrecken der Senat und die Bundesregierung zurück. Hier wird mal wieder auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung eine höchst fragwürdige Politik betrieben.

http://www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/beitraege/93-deutschlands-gefaehrlichster-atomreaktor-steht-in-berlin.html

Grundlagenforschung am Wannsee-Reaktor – für wen?

Nach anderthalbjährigen Wartungs- und Umbauarbeiten ist trotz eines nicht behobenen Risses im Kühlsystem der Experimentierreaktor BER II in Berlin-Wannsee im Frühjahr wieder in Betrieb gegangen. DIETRICH ANTELMANN sieht eine Beteiligung des Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) an der von Anfang an militärisch motivierten Fusionsforschung. Nachfolgend eine stark gekürzter Fassung aus Nr. 17 der Zweiwochenschrift „Ossietzky" vom 18. 8.2012.

Das HZB hat viel beim letzten Umbau investiert, weniger in die Sicherheit, mehr in die Messtechnik. So ist in Wannsee ein neuer, international einzigartiger Hochfeldmagnet mit einer Feldstärke von 25 bis 30 Tesla – etwa eine Million Mal stärker als das Erdmagnetfeld – installiert worden. Der Lieferant des Magneten führt auf seiner Website als Kooperationspartner die US-Atomwaffenschmiede »Los Alamos Laboratory« auf und der HZB-Mitarbeiterzeitung „Lichtblick" ist zu entnehmen, wie Zuarbeit für das »Los Alamos Laboratory« geleistet wird.

Die Mittel für den rund 20 Millionen Euro teuren Magneten waren eigentlich für den solaren Forschungsbereich vorgesehen.

Privatrechtlich organisiert entziehen sich die aus Steuergeldern finanzierten Forschungseinrichtungen demokratischer Kontrolle und ermöglichen, dass die für die vom Bundestag beschlossene Energiewende benötigten Mittel nach wie vor in andere Kanäle, u.a. in den weiteren Ausbau der Nukleartechnologie fließen. Die Entwicklung eines Fusionsreaktors ist dabei das teuerste Objekt (zweistellige Milliardensumme), wobei diese Technologie für die Energieversorgung der kommenden Jahrzehnte nach Wissenschaftsministerin Annette Schavan sicher keine Rolle spielen wird. Der experimentelle Fusionsreaktor Wendelstein 7-X im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald, an dem die USA mit über 7,5 Millionen Dollar beteiligt sind, arbeitet mit hohen Magnetfeldern. Der Schluss liegt nahe, dass der neue Magnet des HZB ebenfalls der Fusionsforschung dient. Mit ihm kann unter anderem getestet werden, wie sich das bei einer Fusion entstehende heiße Plasma einschließen lässt. Der optimierte Neutronenleiter eignet sich für die Entwicklung von Materialien, die den bei der Fusion anfallenden starken Neutronenströmen widerstehen. Mit einem Fusionsreaktor lassen sich Experimente durchführen, die detaillierte Einblicke in den Ablauf der Kernfusion erlauben und es den Militärs ermöglichen, neue Atomwaffen trotz des weltweiten Verbots von Atomtets zu entwickeln und die dafür notwendigen Tests geheimzuhalten.

Nachdem sich die Bundesregierung unter Bruch des Bundestagsbeschlusses bereits im Mai dieses Jahres beim NATO-Gipfel mit der weiteren Lagerung der völkerrechtlich geächteten Massenvernichtungswaffen einverstanden erklärt hat, steht der von der US-Regierung beschlossenen Entwicklung kleinerer und zielgenauerer Atombomben für Europa zwecks besserer Einsatzfähigkeit nichts mehr im Wege. Nebenbei lässt sich mit Fusionsreaktoren bestes Waffenplutonium erbrüten.

Dazu passt, dass in den Gremien der übergeordneten Helmholtz-Gemeinschaft unter anderem Vertreter des zweitgrößten europäischen Rüstungskonzerns EADS und US-Wissenschaftler aus dem Bereich »Militärische kerntechnische Anlage« wie dem »Idaho National Laboratory« sitzen.

Fußballverbot für Babelsberger Kinder?

Bereits 2008 schätzte die Stadtverwaltung ein, dass im gesamten Stadtgebiet sechs bis sieben Großfeld-Fußballplätze fehlten, um den Bedarf des Vereinssports decken zu können. Den größten Bedarf sah die Fachverwaltung im Gebiet Babelsberg/Zentrum Ost sowie im Potsdamer Norden. Als mögliche Flächen für die neuen Plätze wurden Neu Fahrland, das Bornstedter Feld und die Flächen zwischen Nutheschnellstraße und Babelsberger Park genannt (siehe auch Ds 09/1009).

Vor einigen Wochen schickte der Kinderfußballverein SV Concordia Nowawes 06 einen Offenen Brief an die Stadtverordneten, der SV Babelsberg 03 bestätigte den Mangel an Fußballplätzen und im Bürgerhaushalt belegt der Vorschlag, in Babelsberg und im Potsdamer Norden neue Fußballplätze zu schaffen, wieder einmal den Spitzenplatz.

In den nächsten Jahren wird sich die Zahl der Jugendmannschaften in Babelsberg stark erhöhen. Derzeit trainieren beim SV Concordia Nowawes 06 bereits zwei Jahrgänge (2005 und 2006), die ab Herbst 2013 zusätzlich am Spielbetrieb teilnehmen werden. In den Folgejahren werden jeweils 1-2 weitere Teams dazukommen. Ab Herbst 2014 werden die ersten Teams von Concordia aus Altersgründen auf das Großfeld wechseln und mehr als doppelt soviel Platzkapazitäten benötigen. Zusätzliche Zeiten benötigen schon kurzfristig die neuen Mädchenteams, die ab Herbst 2013 in einer eigenen Kreisliga spielen sollen. Der SV Concordia Nowawes hat den Stadtverordneten daher vorgeschlagen, kurzfristig die Trainingsflächen auf dem Sportplatz Sandscholle zu erweitern. So könnte auf dem jetzigen Parkplatz ein Kleinfeldplatz entstehen oder der Rasenplatz durch einen weitaus länger belastbaren Kunstrasen ersetzt werden. Auch eine langfristige Lösung des Sportplatzproblemes in Babelsberg steht in den Sternen. Noch immer blockiert die Schlösserstiftung den Bau eines einfachen Fußballplatzes am Babelsberger Park. Das Gespräch mit den betroffenen Vereinen hat die Stiftung leider bislang verweigert.

André Rießler (Vorstandsmitglied SV Concordia Nowawes 06)

PS: Wer das Anliegen unterstützen möchte, kann im laufenden Bürgerhaushalt in der Kategorie Investitionen 5 Punkte für den Neubau von Fußballplätzen für den Jugendfußball (Nr. 31) vergeben.

Brücke erst später abreißen

Lange ist über die Weiterführung der Sanierung der Humboldtbrücke und der Nutheschnellstraße gestritten worden. Dabei bestand das größte Problem in der ungeklärten Finanzierung. Mittlerweile ist geklärt, dass das Land den größten Teil der 22 Millionen Euro umfassenden Kosten für den zweiten Bauabschnitt trägt. Die Stadt muss jedoch mit einem kommunalen Anteil von etwa acht Millionen Euro einen enormen Kraftakt im städtischen Investitionshaushalt leisten. Insgesamt sind etwa 55 Millionen Euro für dieses kostspieligste Verkehrsvorhaben in Potsdam auszugeben.

Zum zweiten Bauabschnitt gehört auch der Abriss der Brücke, die vom Humboldtring über die Nutheschnellstraße führt. Dieses Vorhaben stieß von Anfang an auf wenig Gegenliebe bei den Bewohnern von Zentrum Ost. Schließlich verlängern sich dadurch Fahrwege und auch der direkte Zugang auf kürzestem Wege zum Park Babelsberg entfällt. Dieses Problem kam auf einer von mir organisierten Veranstaltung im Mai dieses Jahres zur Sprache. In dieser sehr gut besuchten Gesprächsrunde hatten Vertreter der Stadtverwaltung über den Stand der Vorbereitung informiert. Dabei wurde auch dargestellt, dass die Brücke bereits 2013 abgerissen werden soll, obwohl der zweite Bauabschnitt insgesamt bis 2015 läuft. Um den Bewohnern von Zentrum Ost entgegenzukommen, stellten die Verwaltungsvertreter in Aussicht, den Abriss an den Schluss der Baumaßnahmen, also 2015, zu legen. Nach der kürzlich erfolgten Auftragsvergabe teilte die Stadtverwaltung für mich überraschend mit, dass der Brückenabriss nun doch schon zu Beginn der Baumaßnahmen im Frühjahr 2013 erfolgen soll. Die Linksfraktion akzeptiert das nicht und fordert deshalb in einem Antrag für die Stadtverordnetenversammlung, dass die Brücke möglichst bis zur Beendigung des zweiten Bauabschnitts 2015 nutzbar bleibt. -hjs

Zwei „ungleiche Geschwister“

Im Gespräch: Babara Paech, Streetworkerin in Babelsberg und Zentrum Ost

Barbara, du bist als Streetworkerin in Babelsberg/Zentrum Ost unterwegs. Wie sieht da deine Arbeit genau aus?

Ich bin eine der fünf Wildwuchs-Streetworker des Diakonischen Werkes Potsdam e.V. Seit mehr als 10 Jahren gibt es uns in Potsdam und wir arbeiten hauptsächlich mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 14 bis 27 Jahren. Unsere Arbeit lässt sich grob in drei Bereiche unterteilen. Einmal in die klassische Straßensozialarbeit, sprich wir suchen junge Menschen auf der Straße auf, die entweder von den bestehenden Jugendhilfe – oder Jugendfreizeitangeboten, wie Jugendclubs, nicht erreicht werden oder erreicht werden wollen. Wir bieten den Jugendlichen Gespräche und alternative Freizeitgestaltung an. Da man auch anonym mit uns arbeiten kann und wir nicht wie die anderen Erwachsenen in dieser Lebensphase Erwartungen an sie stellen, werden wir gut akzeptiert und auch gefordert auf der Straße. Daneben begleiten wir junge Menschen in Einzelfällen. Wir helfen bei Behördengängen und bei der Vermittlung zu speziellen Beratungsstellen. Die Jugendlichen kommen mit allen Problemen zu uns, von Schulden bis Drogen, von Wohnungslosigkeit bis Beziehungsprobleme, da ist alles dabei. Der dritte Bereich ist die Vernetzung in dem Stadtteil, der gesamten Stadt und natürlich auch überregional. Nur so können wir den Menschen die richtige Hilfe vermitteln und auch Bedarfe von ihnen an den richtigen Stellen, wie der Stadtverwaltung, anbringen. Ich bin Ansprechpartnerin für Babelsberg und Zentrum Ost. Wer für welchen Stadtteil bzw. Sozialraum zuständig ist und dazu Auskünfte geben kann, kann man auch auf unserer Homepage www.wildwuchs-potsdam.de erfahren.

Was ist das Besondere an der Arbeit in diesen beiden Stadtteilen Babelsberg und Zentrum Ost?

Eigentlich ist die Arbeit nicht anders als in den anderen Teilen von Potsdam. Die beiden zusammen als Sozialraum unterscheiden sich wie zwei ungleiche Geschwister. Babelsberg steht, wie auch Potsdam West, für Gentrifizierung. In den letzten



Jahren wurde hier mehr und mehr saniert und die Mieten stiegen. Das ist natürlich zum Problem geworden, gerade für die jungen Menschen, mit denen wir arbeiten. In Babelsberg findet sich dadurch kaum noch bezahlbarer Wohnraum für sie. Viele weichen dabei auf Zentrum Ost aus, aber auch da wird es knapp und immer mehr versuchen im Umland eine Bleibe zu finden. Seit 2009 beobachten wir zunehmend, dass junge Menschen, die keinen Wohnraum finden sich bei Freunden auf dem Sofa einquartieren und versuchen von dort aus ihr Leben zu bestreiten. Die so genannten „Sofahopper“ oder verdeckt obdachlose Jugendliche haben wir aber nicht nur hier in Babelsberg, sondern in der ganzen Stadt.

Gibt es viele Jugendliche auf den Straßen in den beiden Stadtteilen und wie oft kann man euch hier finden?

Also wir fahren einmal in der Woche mit unserem Bus durch die beiden Stadtteile. Bei Bedarf natürlich auch mehr. Einen aktuellen Einsatzplan kann man auch auf unserer Homepage sehen. Es gibt weniger Jugendliche auf den Straßen hier als in anderen Sozialräumen. Das liegt zum einen daran, dass junge Menschen sehr mobil geworden sind in ihrer Freizeit. Babelsberger und Jugendliche aus Zentrum Ost trifft man überall in der Stadt. Zum anderen gibt es eine gute Struktur von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen im Sozialraum. Auch ganz spezialisierte Sachen, die auch Kids aus anderen Stadtteilen anzieht. So zum Beispiel die Zimtzicken in Zentrum Ost, die ein Jugendclub nur für Mädchen sind, das j.w.d. im Lindenpark, die einen Skatepark haben und damit eine einmalige Attraktion darstellen und natürlich auch das Fanprojekt Babelsberg, welches mit den jugendlichen und jungen Fans des SVB 03 arbeitet.

Gibt es spezielle Probleme, die gerade die Jugendlichen in diesen beiden Stadtteilen besonders beschäftigen?

Nein das würde ich nicht sagen. Sie haben die gleichen, wie die in den anderen Stadtteilen. Zum Einen ist das Thema Wohnungslosigkeit und bezahlbare Mieten ein stadtweites Thema und betrifft in unserer Zielgruppe alle Stadtteile. Ein übergreifender Bedarf ist auch eine neue Skatehalle. Mit dem Skatepark im Lindenpark haben wir hier natürlich mehr Skater und BMX-Fahrer im Stadtteil. Der Bedarf nach einer neuen Skatehalle, wurde gleich nach dem Abriss der alten in der Kurfürstenstraße 2008 kund getan. Seit dem Sommer diesen Jahres hat sich nun eine Gruppe von zukünftigen Nutzern zusammen getan und erarbeitet in Workshops gemeinsam mit dem Stadtjugendring und uns Streetworkern, was so eine neue Halle braucht und wo man in der Stadt diesen Bedarf anmelden kann.

Es geht weiter an der Humboldtbrücke

Im Oktober soll es mit dem Ausbau der Nuthestraße weiter gehen. Allerdings wird im Winter erst einmal (nur) Baufreiheit geschaffen. So richtig wird wohl erst im Frühjahr 2013 gestartet. 2015 soll alles fertig sein.

Da die Planungen auch den Abriss der Brücke zwischen Humboldtring und Park Babelsberg beinhalten, dieser aber von vielen Anwohnern kritisch gesehen wird, hat DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung beantragt, dass der Abriss erst zum Ende der Baumaßnahmen, also nicht vor 2015 (siehe Marginalie) erfolgt.

Welche Maßnahmen im Einzelnen geplant sind, geht aus einer Information der Stadtverwaltung hervor:

- **Instandsetzung der stadteinwärts führenden Richtungsfahrbahn der Nuthestraße von der Friedrich-List-Straße bis zur Kreuzung Berliner Straße, einschließlich der Umgestaltung des südlichen Kreuzungsbereiches zur Berliner Straße**
- **Neubau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges von der Mühlenstraße bis zur Humboldtbrücke**
- **Instandsetzung des stadteinwärtigen Überbaus der Humboldtbrücke**
- **Ersatzneubau der Brücke im Zuge der Nuthestraße über die Rudolf-Breitscheid-Straße**
- **Neubau der Auffahrtsrampe von der Friedrich-List-Straße zur stadteinwärts führenden Richtungsfahrbahn der Nuthestraße**
- **Erneuerung und Anpassung der Auffahrt von der Rudolf-Breitscheid-Straße zur Nuthestraße**
- **Rückbau der Brücke im Zuge des Humboldtringes über die Nuthestraße**

Klaus-Uwe Gunold

BER: Beim Lärmschutz auf einem guten Weg

Von Christian Görke, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE im Brandenburger Landtag

DIE LINKE bleibt dabei: Wir bauen keinen weiteren Flughafen und keine weitere Start- und Landebahn. Anders als die CDU wollen wir keine weiteren Belastungen für Bürgerinnen und Bürger – nicht in Schönefeld und auch nicht in Sperenberg. Diese Brandenburgische Landesregierung, der Ministerpräsident, der Finanz- und der Wirtschaftsminister haben sich gegenüber den anderen Gesellschaftern vehement für die Rücknahme des Klarstellungsantrages eingesetzt. Mit ihrem Erfolg haben sie ein dickes Hindernis für die Umsetzung des Lärmschutzes gemäß Planfeststellungsbeschluss beseitigt. Ortwin Baier, der Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow, hat dafür gedankt. Und das ist authentischer und glaubwürdiger als das anhaltende verantwortungslose Gerede der CDU-Fraktion im Landtag.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass vor allem die brandenburgische CDU die rot-rote Landesregierung dafür kritisiert, dass sie finanzielle Vorsorge für den Lärmschutz trifft, und im nächsten Atemzug von Billiglärmschutz redet, von dem sie die Landesregierung die Flughafengesellschaft endlich abbringen müsse. Das ist der Punkt, an dem nun wirklich der Gipfel der Heuchelei erreicht ist.

CDU-Fraktion setzt auf Krawallkurs

Im Übrigen gab es in Brandenburg noch nie so viel Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit wie unter Rot-rot, und es gab noch nie ein solches Maß an Rechten und Chancengleichheit für die Opposition. Ich finde das im Interesse der Demokratie richtig gut. Die CDU-Fraktion hat sich anders entschieden. Anstatt an den Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten nach Aufsichtsratssitzungen, oder an Ausschusssitzungen oder an den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission teilzunehmen, setzt sie auf Krawall, auf Skandalisierung, auf steuergeldverschwendende Sondersitzungen des Landtages, nur um Effekte zu haschen. Das ist verantwortungslos. Und so ist es auch zu erklären, dass diese Fraktion nach der August-Aufsichtsratssitzung sich zu einem „gewissen Verständnis“ dafür durchringt, dass der neue Technikchef des Flughafens noch keine endgültige bauliche und technische Einschätzung gewinnen konnte und deshalb auch noch kein OK zu einem Eröffnungstermin geben kann. Aber im gleichen Atemzug verlangt dieselbe Fraktion, vom Ministerpräsidenten die Bestätigung eines Eröffnungstermins.

Ja, wir hatten mit der Absage des Eröffnungstermins 3. Juni 2012 eine Zäsur beim BBI/BER. Es war nicht die erste in den letzten 15 Jahren. Der Ministerpräsident hat sich dazu bei einer Sondersitzung vor wenigen Wochen sehr deutlich erklärt. Er hat Veränderungsbedarf deutlich gemacht und die Veränderungen sind eingeleitet



worden: personell, finanziell und – was uns allen besonders wichtig ist – bei der Umsetzung des Schallschutzes.

Mit der Rücknahme des sogenannten Klarstellungsantrages gegenüber der Planfeststellungsbehörde durch das Votum des Aufsichtsrates ist ein entscheidender Schritt getan worden. Der maßgebliche Einsatz der Brandenburger Anteilseigner hat dazu geführt, dass dieses überflüssige Verfahren endlich aus der Welt geschaffen wurde.

DIE LINKE hat für dieses Herangehen von Anfang an kein Verständnis gehabt und dies auch für einen Fehler der Flughafengesellschaft gehalten. Wir setzen jetzt darauf, dass dies eine reale Basis ist, um den Lärmschutz zügig umzusetzen und weiter Klarheit für die nächsten Schritte zu schaffen. Von der Flughafengesellschaft erwarten wir, was längst überfällig ist: Schnelle und unbürokratische Kommunikation mit den Betroffenen. Freundliche und bürgernahe Beratung. Das ist nicht nur das Gebot der Stunde, nein, gute Nachbarschaft mit den Flughafenanrainern ist inzwischen auch zur Existenzbedingung geworden!

BER wird zu Ende gebaut und finanziert

Ich weiß, dass die Lärmschutzwerte, die diskutiert werden, für einen Außenstehenden schwer verständlich sind. Aber es ist doch eines verständlich: Wir hatten zu befürchten, dass den betroffenen Anwohnern zugemutet wird, durchschnittlich bis zu 6-mal am Tag in ihrer Wohnung ein bestimmtes Maß an Lärm hinnehmen zu müssen. Das ist im Übrigen an den meisten deutschen Flughäfen das übliche Maß. Noch im Sommer hat die CDU die Konsequenz der Landesregierung und die Einstellung der Haushaltsmittel für Null-Mal-Überschreitungen des Tagschutzziels laut OVG-Beschluss massiv kritisiert, jetzt wird das umgesetzt. Heute wissen wir, dass gerade dieses Handeln der Brandenburger Landesregierung für den notwendigen Druck gegenüber Berlin und dem Bund gesorgt hat.

Ich mache mal mit aller Vorsicht ein Szenario deutlich: Wenn ein bestimmtes Schallschutzniveau an Häusern technisch nicht erreichbar ist, dann werden noch mehr Menschen als jetzt schon absehbar ist, nicht den realistisch bestmöglichen und machbaren Schallschutz bekommen können, sondern einen Geldausgleich i. H. v. 30 % des Verkehrswertes ihres Grundstücks.

Ja, es gibt einen finanziellen Mehrbedarf. Den hat der Aufsichtsrat umfassend diskutiert. Man hat sich im Grundsatz geeinigt. Das heißt vor allem: Das Projekt wird zu Ende geführt und finanziert. Dafür ist ein Rahmen abgesteckt und sind Finanzierungswege genannt worden. Wenn auch noch nicht in jedem Detail, aber doch im Rahmen dessen, was man heute verantwortungsbewusst abschätzen kann.

Nichts hat uns in den letzten 2 Jahren im Landtag so stark beschäftigt wie der Flughafen. Aber es gibt in diesem Land auch Menschen, deren Problemen, Fragen und Wünschen wir uns auch zuwenden wollen. Die Art und Weise der andauernden Chaosszenerie, das dumpfe Draufhauen auf alles, ohne selbst Antworten zu geben für ein gangbares Konzept, lässt Politik- und Politikerverdrossenheit wachsen. Und das ist verantwortungslos.

Linksfraktion im Landtag hat neue Spitze



Christian Görke ist der neue Fraktionsvorsitzende. Weiter wurden gewählt: Thomas Domres zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer; Kornelia Wehlan und Margitta Mächtig als stellvertretende Fraktionsvorsitzende; sowie Marco Büchel, Gerrit Große, Dr. Hans–Jürgen Scharfenberg und Birgit Wöllert als Mitglieder des Vorstandes. Mit auf dem Foto: Der Landesvorsitzende Stefan Ludwig (2.v.l.).

Nachdenken über den Lebensweg eines Menschen

Aus der Rede von Anita Tack zum 100. Geburtstag von Erwin Strittmatter in Spremberg am 18.08.2012



Natürlich können wir diesen 100. Geburtstag Erwin Strittmatters nicht begehen wie noch seinen 90. oder 95. Zu viel und zu Entscheidendes ist seither geschehen. Im Jahre 2008 hat Werner Liersch mit seinen Recherchen zu den Kriegsjahren Strittmatters etwas ins Rollen gebracht, was uns seither mit zunehmender Wucht dazu zwingt, gründlicher zu lesen, nachzudenken und Stellung zu beziehen. Anette Leo hat in ihrer gerade erschienenen Strittmatter-Biographie, unterstützt von einigen der Söhne des Schriftstellers, die Briefe öffentlich gemacht, in denen Strittmatter mit seinem eigenen Zeugnis keinen Zweifel daran lässt, dass er an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen ist: An „Vergeltungs"-Aktionen gegen die jugoslawische und griechische Zivilbevölkerung, also an Massenerschießungen und am Zerstören und Niederbrennen ganzer Dörfer.

Und nun stehen wir alle vor der Entscheidung: Verbieten wir uns, dieses Mannes weiter zu gedenken und damit alles, was er seit seinem 34. Lebensjahr – also seit Ende des Krieges – getan hat, zu vergessen, oder nehmen wir die Herausforderung an, aufs Neue – und das heißt gründlicher und umfassender als bisher – zu bedenken, wie viel Unerledigtes in der Erinnerung an das ungeheuerliche Verbrechen, das der deutsche Faschismus und Nationalsozialismus darstellten, noch immer vor uns liegt.

Die Tagebücher, deren erster Teil 1954-1973, herausgegeben von Almut Giesecke, ebenfalls gerade erschienen ist, machen jedenfalls deutlich, wie wichtig es Strittmatter gewesen ist, seine Gedanken zu Leben und Zeit, zu Alltag und Schriftstellerei künftigen Generationen weiter zu geben.

Und darin – in diesen Tagebüchern – spiegelt sich auf beeindruckende Weise etwas, das mich ausdrücklich darin bestärkt hat, mich auch künftighin sehr ernsthaft mit Strittmatter zu befassen. Und das ist seine für mich unzweifelhafte Bereitschaft, mit seinem Leben nach 1945 zu versuchen, aus der untilgbaren Schuld die Verpflichtung abzuleiten, Lehren zu ziehen und eine Wiederholung des Geschehenen nicht zuzulassen. Seine Bücher, die ein Millionenpublikum in der DDR und in vielen, vielen anderen Ländern der Welt fanden – und ausdrücklich auch im Osten Europas –, sind Plädoyer für ein friedliches, von Militarismus und Krieg verschont bleibendes Leben. Sie sind Ausdruck einer unermüdlichen Suche nach einem besseren Verständnis menschlichen Verhaltens und einer anrührenden Beziehung zur Natur.

Und sie sind auch Zeugnisse einer quälenden Anstrengung, lebens- und liebes- und arbeitsfähig zu sein trotz des Traumas, das eigene Täterschaft wie die seinige lebenslang hinterlässt.

Schweigen in einem Meer von Schweigen

Strittmatters Schweigen und Verdrängen war nicht das Schweigen und Verdrängen eines Einzelnen mitten in einem Meer von Beredsamkeit und individuellem Schuldeingeständnis, sondern es war das Schweigen in einem Meer von Schweigen.

Dieses Meer war ein gesamtdeutsches. Die Gründe für das Schweigen waren unterschiedliche, aber im Resultat floss es zu einem einzigen großen Schweigen zusammen. Das, was Strittmatter erlebt hat, haben ungezählte andere auch erlebt. „Partisanenjagd" und „Vergeltungs"-Aktionen waren schmutziger Kriegsalltag von vielen Zehntausenden. Ich versuche mir vorzustellen, welchen gesellschaftlichen Klimas es bedurft hätte, damit all diese Ungezählten klar und deutlich und in individueller Rechenschaft Zeugnis abgelegt hätten von ihrer persönlichen Schuld. Und ich versuche ein erneutes Mal in meinem Leben, mir die Umstände begreiflich zu machen, die eine Entstehung eben genau eines solchen gesellschaftlichen Klimas verunmöglicht haben. Schnelle Antworten verbieten sich.

Wie es sich auch verbietet, denke ich, die Dinge zu neuen Attacken gegen die verschwundene DDR zu nutzen. Was immer über die DDR zu sagen ist: An ihrer Spitze haben Menschen gestanden, die sich dem Krieg verweigert haben; Menschen, die, weil sie dies taten, Deutschland verlassen mussten oder dafür mit KZ, Zuchthaus und ständiger Bedrohung ihres Lebens zahlten. Anette Leo rückt in ihrer Strittmatter-Biographie auf leise, aber sehr eindringliche Weise wieder ins Blickfeld, was es für die aktiven antifaschistischen Widerstandskämpfer, die in Deutschland stets eine sehr kleine Minderheit waren, bedeutete, in der DDR mit den Millionen Mitläuferinnen und Mitläufern des Nazi-Regimes vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Sie deutet nie ausgeräumte Vorbehalte von alten Kommunisten gegenüber Menschen wie Strittmatter an. Und bringt damit nur eines von vielen, vielen Feldern der politischen und geistigen Auseinandersetzungen im geteilten Deutschland wieder in Erinnerung.

Sehnsucht nach Frieden

Wer Strittmatter auf einem Sockel hatte, kann ihn jetzt herunterreißen. Wer ihn dort nicht hatte, sondern ganz in seiner Nähe als Mitsuchenden, Mitstreitenden, in den Wirren des Jahrhunderts sich zurechtfinden Wollenden, der sollte ihn dort behalten. In dieser Nähe. Den Schriftsteller und Menschen Erwin Strittmatter. Und weiter lernen.

Ich habe meinen Sommer mit den Tagebüchern verbracht. Am 6. August 1963 ist Strittmatter in Leningrad. Er ist Mitglied einer Schriftstellerdelegation. Er notiert zum Besuch auf dem Friedhof für die Toten der Blockade: „Ich schreibe ins Gästebuch: ‚Was in unserer Kraft steht, werden wir tun, dass kein Krieg wieder von Deutschland her nach Leningrad dringe.'" Und diesem Eintrag gemäß hat er gehandelt, die ganzen fast fünfzig Jahre seines Nachkriegslebens lang. Alle seine Bücher sind Sehnsucht nach Frieden. Nirgends auch nur die Spur eines Ja zu neuem Krieg. Das ist viel, sehr viel. Auch für das Heute, wo viele für richtig halten, dass Deutschland wieder in Kriegen ist.

Die Tagebücher sind ein reicher Quell des Nachdenkens über den Lebensweg eines Menschen, und sie sind ein reicher Quell des Nachdenkens über die DDR. Aufschwung und Scheitern, die Auseinandersetzungen um seine Bücher, die Resignation in den Jahren der Erstarrung der Gesellschaft – all das wird hier wieder sichtbar, und nirgends ist es mit einem einfachen Gut-Böse-Schema getan. Wir haben die Chance, an das Erzählen Strittmatters – und ich schließe hier die Kriegszeit-Briefe ausdrücklich ein – unser eigenes Erzählen und das unserer Eltern und Großeltern anzufügen.

Erinnerung an Erwin Strittmatter geht nicht ohne Erinnerung an seine große Liebe Eva. Legt man das dichterische Werk beider nebeneinander, ist es die Bilanz eines Paares, die ihresgleichen in der deutschen Literaturgeschichte nicht hat. Die Widersprüchlichkeit des Lebens von Erwin Strittmatter wird durch die Beziehung zur achtzehn Jahre jüngeren – und damit von aller Kriegsschuld freien, den Neuanfang in der DDR aufs für ihn Allerschönste verkörpernd – nicht kleiner. Im Gegenteil: Sie hat ihm wohl einfach durch ihr Dasein das Verdrängen leichter gemacht.

(Wortlaut der Rede unter http://tack.die-linke-brandenburg.de/)

Das hat Potsdam gepackt

Mit Vielfalt gegen rechte Demonstration/Gelebte Demokratie verhinderte NPD-Aufmarsch

Mit einem bunten Programm, Musik und Information begann am 15. September um 11.00 Uhr auf der Wiese an der Nordseite des Hauptbahnhofes das 5. Fest für Toleranz. Oberbürgermeister Jann Jakobs begrüßte die Gäste. Anschließend ließen die Veranstalter vom Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ 169 Luftballons für die Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990 in den Himmel steigen. „Vielfalt feiern“ – so lautete das Motto. Und dem entsprechend war auch das Gesamtprogramm aufgestellt. Vom Trommelauftakt der Gruppe „Sexta Feira“, über Seniorenchöre, Tanzgruppen,





Rappern bis hin zur Abschlussband „Folcadelic Hobo Jamborees“ – ein buntes Programm.

Parallel dazu hatte sich in der Zwischenzeit eine „bunte Menschenmenge“, darunter auch viele Familien mit Kindern, auf der Langen Brücke, am Brauhausberg, auf der Heinrich-Mann-Allee und der Friedrich-Engels-Straße formiert. Schließlich galt es zu verhindern, dass die NPD ihren Ankunftsort am Hauptbahnhof verlassen konnten. Rund 2.000 Polizisten hatten rings um die Gruppe der Rechtsextremisten einen Ring gebildet. Die Straßen rund um den Hauptbahnhof waren voll von Gegendemonstranten, die ihren Platz nicht für den Marsch der NPD-ler räumten. Die Polizei, die auf Deeskalation gesetzt hatte, entschied sich, nicht gegen die Gegendemonstranten einzuschreiten. Es kam zu keinen Zusammenstößen zwischen den Rechten und den Bürgern. Die NPD-Gruppe kam nicht zum Zuge und musste unverrichteter Dinge nach 16.00 Uhr wieder abziehen. Die Landeshauptstadt konnten sie nicht „besetzen“. Die BürgerInnen verhinderten das beispielhaft.



Keine nachträgliche Delegitimierung von Zivilcourage

In Potsdam stellte sich ein breites Bündnis den Neonazis entgegen. Dieses Bündnis umfasste Parteien, Gewerkschaften, Verbände und zahlreiche Menschen. Dies ist erfreulich, ebenso die Solidarität, die Potsdam aus vielen anderen Städten im Kampf gegen Rechts zuteil wurde. Es gelang in vorbildlicher Weise, den Neofaschisten im Wortsinne keinen Fußbreit zu gestatten und Potsdam hat gezeigt, dass kein Platz für Nazis und rechtes Gedankengut in der Stadt ist. Die legalistische Kritik, welche nun seitens der Gewerkschaft der Polizei geäußert wird, ist weder inhaltlich zutreffend, noch hilfreich, um die Zivilgesellschaft zu stärken.

Hierzu erklärt Moritz Kirchner, Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE: „Es gab die souveräne Entscheidung, dass nicht geräumt wird, da sich schlichtweg genügend Menschen fanden, die bereit waren, auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams sich den Nazis entgegenzustellen. Diese Entscheidung ist zu respektieren und eine solche blockierende Menschenmenge immer wieder herbeizuführen. Es kann nicht sein, dass wir so etwas in Dresden als großen Sieg der Demokratie feiern und das in Potsdam schlecht geredet wird. Zudem sehen sich viele Menschen durch diese Kritik in ein schlechtes Licht gerückt. Das Ziel muss es jedoch sein, möglichst viele zu mobilisieren, damit Nazis nicht mobil machen können. Dies sollte die ausschließlich legalistische Kritik der GdP berücksichtigen.“

Ein Astronom über den Frieden

Gedanken nach einer Demo mit Dr. Frank Baier zum Weltfriedenstag

Die rund 50 Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung zum Weltfriedenstag am Deserteursdenkmal am Platz der Einheit erregten Aufmerksamkeit. Immer wieder blieben Passanten stehen, um zu hören, was der Mann am Mikrofon – Dr. Frank Baier - zu sagen hatte unter dem Transparent: Friedenskoordination.

Es war in der Tat eine außergewöhnliche Rede. Hier sprach ein Fachmann über den Zusammenhang von Kosmos und Frieden. Einige Notizen daraus: „Ich habe mich als Astronom mit Strukturen und Prozessen im Kosmos beschäftigt, habe versucht, kosmische Abläufe zu verstehen. Das machen Menschen seit Jahrtausenden. Sie denken über den Zusammenhang zwischen Himmel und dem Leben auf der Erde nach; unsere wirkliche Einordnung in dieses große kosmische Geschehen. Unsere Erde ist ein kleiner Teil dieses Kosmos. Darum gelten auf ihr auch ihre kosmischen Gesetze, die zu Wechselwirkungen und Kooperation führen.“ Der Redner nannte in diesem Zusammenhang viele verdeutlichende Details aus der Natur und vor allem auf gesellschaftlicher Ebene, die auf der Grundlage des Wettbewerbsprinzips (der Konkurrenz) zu zahlreichen Konflikten führen. Die Wirkung dieser Konkurrenz führt zu einer ernsthaften Krise bzw. Erkrankung der Gesellschaft, die unser Überleben gefährdet.

Der Astronom und Friedensaktivist Dr. Baier schlussfolgerte, dass mit der gegenwärtigen irdischen Gesellschaftsordnung unmittelbar verbundene Streben nach immer mehr Macht und die unbegrenzt wachsende Anhäufung von Gütern als „Eigentum“ weniger Individuen oder Staaten sich gesamtgesellschaftliche Probleme wie Armut, Hunger und Kriege entwickeln und eine Gefährdung für die gesamte Menschheit in sich bergen. Abgeleitet aus der astronomischen Forschung gebe es zwei Alternativen: Entweder wir folgen dem Prinzip der Kooperation oder gehen alle zugrunde. Da Letzteres nicht in unser aller Interesse liegt, kann es nur eine Schlussfolgerung geben: Es muss Schluss gemacht werden mit gegenwärtigen Kriegen, und es müssen zukünftige Kriege verhindert werden. Dr. Baier rief abschließend auf, einen neuen Gedanken von Potsdam aus um den Erdball zu schicken und sie zu einer Stadt des Friedens auf unserer Erde zu machen.



Am Mikrofon: Dr. Frank Baier.

Helga Bornstädt

Das größte linke Volksfest Europas: Fête de l'humanité

Während in Potsdam 81 Nazis versuchten, durch die Stadt zu marschieren, trafen sich vom 14. – 16. September insgesamt ca. 500.000 Menschen beim größten linken Volksfest Europas, der Fête de l´humanité. Diese wird von der linken französischen Tageszeitung l´humanité veranstaltet, die etwa mit dem Neuen Deutschland vergleichbar ist. Jedoch ist die Fête der Franzosen deutlich umfassender und cooler. Schon in der Metro wurde man darauf hingewiesen, bei welcher Station die Shuttle-Busse fahren. So etwas wäre in Deutschland undenkbar.

Auf dem Fest selbst hatte ich das Gefühl, dass die Französische Kommunistische Partei anscheinend in jedem Dorf eine Ortsgruppe hat, mit so vielen Ständen waren sie vertreten. Das Publikum war sehr gemischt, allerdings dominierten junge Menschen. Und in Frankreich ist das kulturelle Selbstverständnis, links zu sein, offenkundig ausgeprägter, oder zumindest leichter erkennbar. Die Highlights des Festes waren jeweils die Konzerte. Diesmal allerdings gab es davor kämpferische Reden und Demonstrationen der französischen CGT-Gewerkschaft gegen die Schließung von Automobilwerken.

Als Jean-Luc Melenchon im Zelt seiner Partei aufschlug, sangen erst einmal 100 Menschen spontan die Internationale. Insgesamt war erkennbar, dass die französische Linke deutlich mehr Selbstbewusstsein hat. Die Kernbotschaft des Festes war, dass es eine Volksabstimmung zur Sparpolitik geben soll und diese zu verhindern ist, wie es der französische Präsident versprochen hatte. Das Fest selbst war fröhlich, aber es hatte damit auch einen eminent politischen Charakter. Und sehr dialektisch war der Spruch auf der großen Bühne: „L´humanité, c´est un combat quotidien" (Humanität, das ist ein täglicher Kampf). Die kämpferischen Parolen trübten aber die Stimmung keineswegs, und ich kann nur sagen: Schön war es.

Moritz Kirchner





Sudoku

	9	3		1		8	7	
			9		2			
	4			5			1	
	5	1	4		7	3	8	
	8	7	1		9	5	6	
	2			4			3	
			2		5			
	7	5		3		2	9	

Auflösung September

1	3	4	7	8	**6**	5	**9**	2
5	8	7	**4**	9	**2**	**1**	6	3
9	**6**	**2**	**3**	1	5	**8**	4	7
7	**5**	8	1	3	9	**6**	**2**	4
2	4	6	5	**7**	8	9	3	1
3	**9**	**1**	2	6	4	7	**8**	**5**
6	2	**3**	8	5	**1**	**4**	**7**	9
8	7	**5**	**9**	4	**3**	2	1	**6**
4	**1**	9	**6**	2	7	3	5	8

Ein rundum gelungenes Stadtteilfest am Stern

Das Stadtteilfest am 1. September war wieder für viele Stern-Bewohner und Gäste ein Magnet. Rund um den Bürgertreff „Stern*Zeichen" wurde für Jedermann etwas geboten. Auch Mitglieder des Ortsverbandes der LINKEN gehörten zu den Mitmachern (Foto oben). Viel Spiel und Spaß war vor Ort. An kulinarischen Köstlichkeiten von afrikanischem Essen bis Kuchenbuffet mangelte es ebenfalls nicht. Kleine Bauchtänzerinnen der „Orienten" in glitzernden Kostümen, amerikanische „Linedancer", die jüngsten „Saitentänzer" der städtischen Musikschule, die Folklore-Darbietung des Potsdamer „Montagsorchesters", Kinderschminken, politische Informationen und die Bastelwerkstatt des „Stibb" – all das wurde an diesem sonnigen Sonnabend geboten.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Dienstag, 02.10.2012, 19.00 Uhr:
Gesamtmitgliederversammlung des OV Westliche Ortsteile ***

Dienstag, 02.10.2012, 20.00 Uhr:
Bildungsprogramm „DIE LINKE trifft" ...Jean-Jacques Rousseau ***

Dienstag, 02.10.2012, 14.30 Uhr:
Fotografische Reise mit Bishnu Karki: „Tibet - das Dach der Welt". *

Montag, 08.10.2012, 14.30 Uhr:
„Eine Reise quer durch Nordamerika" – eine Video-Reise mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 09.10.2012, 14.30 Uhr:
„Zu Rechtsfragen des Alltags" mit RA Martina Scholz – Thema: „Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung" *

Dienstag, 09.10.2012,
18.00 bis 20.00 Uhr:
Potsdamer Intendanten: Gero Hammer. Mit Claus Dobberke (Regisseur, Potsdam), Gero Hammer (früherer Intendant des Hans Otto Theater Potsdams, Halberstadt), Irmgard Mickisch (ehemalige Chefdramaturgin des Hans Otto Theaters, Potsdam). **

Dienstag, 09.10.2012, 20.00 Uhr:
Bildungsprogramm „DIE LINKE trifft" ...Immanuel Kant ***

Donnerstag, 11.10.2012, ab 16.30 Uhr:
Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen). Anmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; per Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Donnerstag/Freitag, 11./12.10.2012:
Hegemonie und Multipolarität - 5. Außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit „WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik" an der Universität Potsdam

Montag, 15.10.2012, 14.30 Uhr:
„Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil IX" – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein *

Dienstag, 16.10.2012, 14.30 Uhr:
Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles" mit Dr. Herbert Schlomm. *

Dienstag, 16.10.2012, 20.00 Uhr:
Bildungsprogramm „DIE LINKE trifft" ...Georg Wilhelm Friedrich Hegel ***

Donnerstag, 18.10.2012,
18.00 bis 20.00 Uhr:
WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK - Entwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz - mit Herbert Driebe (Potsdam) in der Norbert-Fiebelkorn-Stiftung, Potsdam, Hessestr. 18. **

Montag, 22.10.2012, 14.30 Uhr:
„Irland – die grüne Insel", Teil 3: Vom „Ring of Kerry" bis nach Wexford mit Gerald Meister und Ingrid Püschel. *

Dienstag, 23.10.2012, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ..." - die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister. *

Dienstag, 23.10.2012, 20.00 Uhr:
Bildungsprogramm „DIE LINKE trifft" ...Karl Marx ***

Dienstag, 23.10.2012,
15.00 bis 20.00 Uhr:
BILDUNGSPOLITIK. Inklusive Schule - Schule der Zukunft? 4. Potsdamer Bildungspolitischer Dialog im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam **

Mittwoch, 24.10.2012, 14.30 Uhr:
„Jambo, Sansibar ...". Fotografische Reise mit A. Sepetu und I. Püschel auf die verträumte Insel im Indischen Ozean. *

Freitag, 26.10.2012, ab 19.00 Uhr:
Nazi 2.0: Braune Ökologen – menschenfeindliche Konstruktionen im Ökologischen und im Sozialen. Potsdam, Haus der Natur, Reimar-Gilsenbach-Saal Eine Veranstaltung der Naturfreundejugend Brandenburg.

Freitag, 26.10.2012, 19.00 Uhr:
Kabarett „Tollense-Stichlinge" im STERN*Zeichen, Galileistraße. „Die Welt ist in Gefahr, die ‚Stichlinge' sagen - nicht ganz ernst - wie sie zu retten ist."

Sonnabend, 27.10.2012:
Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Potsdam-Süd. Das politische Gespräch mit Axel Trost, stellvertretender Parteivorsitzender DIE LINKE und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne. Ort: Potsdam, Hotel Mercure an der Langen Brücke, 17. Etage

Sonnabend, 27.10.2012, 15.00 Uhr:
„Klassische Irische Folklore im Konzert". Livekonzert der besonderen Art mit dem Duo „Turlough". *

Montag, 29.10.2012, 14.30 Uhr:
„Irland – die grüne Insel", Teil 4: Von Wexfort in die Wicklow Mountains. *

Dienstag, 30.10.2012, 14.00 Uhr:
„Musikalischer Rätselnachmittag" mit Manfred Bischoff. *

Mittwoch, 31.10.2012, 20.00 Uhr:
Bildungsprogramm „DIE LINKE trifft" ...Lenin ***

VORMERKEN:
Donnerstag, 01.11.2012:
Regionalkonferenz DIE LINKE in Potsdam. Ort: Treffpunkt Freizeit

---

* Seniorentreff der Dahlweid Stiftung, Edisonallee 11 Zentrum Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53
*** Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE.Potsdam, Dortustraße 53 (Atrium)